

CROSSING BORDERS

bewegungen und kämpfe der migration



Anlässlich des europäischen Sozialforums in Malmö im September und des euroafrikanischen Treffens in Paris im Oktober haben wir eine weitere Ausgabe unseres Newsletters veröffentlicht. Crossing Borders umfasst diesmal acht Seiten: einerseits gibt es kurze, zusammenfassende Berichte zur transnationalen Kette migrationsbezogener Aktionen; zum anderen wollen wir einige Schlüsselaspekte der Migration in vier exemplarischen Ländern zur Debatte stellen. „Wohin wandert die Welt?“ lautet dabei die einleitende Frage, und wir haben Texte abgedruckt über die Situation in Deutschland und in Italien als zwei wichtigen Akteuren in Europa, über Mali als ein Beispiel für die Entwicklungen in Afrika sowie über die USA, wo wir dem „schlafenden Riesen“ zu folgen versuchen, der im Jahr 2006 bekanntlich in noch nie dagewesenem Ausmaß erwachte. Bitte helft uns, Crossing Borders zu verteilen! Unter www.noborder.org findet ihr eine PDF-Version in verschiedenen Sprachen. Kontaktieren könnt ihr uns unter frassainfo@kein.org.

transnationaler Newsletter, 6te Ausgabe, September 2008

Wohin wandert die Welt?

Im letzten Jahr fanden erneut sehr heftige Kämpfe statt. Zum einen haben sich Migrationsbewegungen überall auf der Welt kontinuierlich fortgesetzt, allen Risiken zum Trotz, und nicht zuletzt unter Todesgefahren. Und nahezu überall, in den Zielländern ebenso wie in den Herkunftsländern, organisieren sich MigrantInnen gegen Ausbeutung, Diskriminierung, Rassismus, Abschiebung und Internierung. Zum anderen bauen nationale Regierungen und internationale Organisationen das Grenzregime zunehmend aus. Ihre Strategie scheint jedoch nicht darauf abzielen, die Grenzen völlig zu schließen und dabei nur einige wenige Hintertüren offenzuhalten, die je nach Bedarf geöffnet werden könnten; vielmehr haben sie offensichtlich ziemlich genau verstanden, dass Migration nicht gestoppt werden kann. Sie wissen auch sehr genau, dass über die Migration ein wesentlicher Teil der Arbeitskräfte rekrutiert werden kann, um Profite zu vergrößern und die gegenwärtige ökonomische Konjunktur zu bedienen. In der Tat wollen die Regierungen Migration nicht stoppen sondern in koordinierter Weise zu kontrollieren und zu steuern versuchen. Doch MigrantInnen bleiben ein mächtiger Störfaktor in der „Harmonie globaler Ordnungsvorstellungen“. Es ist keine Übertreibung zu behaupten, dass die Welt sich auf den Wellen der Migration bewegt. Migrationsfragen sind immer mit im Spiel, egal ob es um Finanzcrashs geht oder um den Ölpreis, um den Umbruch des Wohlfahrtsstaates oder die Kürzung der Löhne, um Kriege in scheinbar fernab liegenden Ländern oder um „Sicherheit und Ordnung“ in kleinen oder großen Städten. Alle nationale sowie internationale Politik wird von den konstanten und unkontrollierbaren Migrationsströmen herausgefordert, die unauslöschbare Präsenz migrantischer Arbeitskraft untergräbt alle Modelle nationalstaatlicher Politik. MigrantInnen zwingen dem Staat und dem Kapital eine transnationale Dimension auf, obwohl der Staat und das Kapital sich innerhalb einer nationalen und internationalen Ordnung abzukapseln scheinen. Daher kommt unsere Frage: „Wohin wandert die Welt?“

Europa definiert sein Außerhalb zunehmend durch militärische Grenzkontrollen. Mit Frontex, der europäischen Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen, scheint ein höheres Niveau hinsichtlich der Verbesserung dieser sog. Harmonisierungspolitik erreicht zu sein. Doch trotz ihrer erklärten Absichten ist diese Agentur augenscheinlich nicht in der Lage, das versprochene

Höchstmaß an Kontrolle zu gewährleisten. Doch wichtiger: sie funktioniert innerhalb eines Rahmenwerks, das wir selektiven Einschluss nennen. Ihr eigentliches Ziel ist die Steuerung einer tragbaren Quote illegalisierter MigrantInnen, über die entsprechend der Nachfrage nach migrantischer Arbeitskraft ein Teil geduldet und der andere ausgeschlossen wird, um so die übermäßige Verfügbarkeit an Arbeitskraft zu verhindern. Überdies zentralisiert Europa auch diese politische Steuerung der Migration: Abschiebehaft und Abschiebungen werden zunehmend zu einer Angelegenheit auf europäischer Ebene und zielen darauf ab, die Ankunft ebenso wie die Bewegungsfreiheit der MigrantInnen in Europa zu unterbinden. Die so definierten Grenzen können indessen vom Kapital leicht überquert werden. Das letzte von Italien und Libyen unterzeichnete bilaterale Abkommen zeigt deutlich, dass MigrantInnen als Handelsware vorgesehen sind: In dem Maß, in dem die libysche Regierung in der Lage ist, Migrationen zu unterbinden, wird Italien seinerseits Kapitalinvestitionen auf der anderen Seite des Mittelmeeres tätigen. Dementsprechend stellen bilaterale Übereinkommen auch ein Mittel selektiver Rekrutierung migrantischer Arbeitskraft dar. Wie im Falle Malis dürfen MigrantInnen das Land nur dann verlassen, wenn sie gerade benötigt werden und ihre Fähigkeiten im Austausch für einen geringen Lohn ausbeutbar sind.

Frankreich und Italien aber auch die Vereinigten Staaten zeigen ganz offensichtlich, wie die Angst von MigrantInnen politisch genutzt wird. Die zunehmende Kriminalisierung sowie rassistische Politiken formen den Alltag der MigrantInnen um. Razzien an Arbeitsplätzen und der vermehrte Einsatz von Abschiebehaft, sowohl in Europa wie auch in den USA, bilden lediglich eine weitere, manchmal unsichtbare Grenze, die darauf abzielt, MigrantInnen in die Unsichtbarkeit zu verdrängen und zum Schweigen zu bringen. MigrantInnen müssen hart arbeiten, immer verfügbar sein und alle erdenklichen Lohn- und Arbeitsbedingungen akzeptieren. Es ist kein Zufall, dass die Repression sowohl in den Vereinigten Staaten wie auch in Frankreich unmittelbar nach einigen wichtigen Mobilisierungen oder Streiks gegen die Ausbeutung migrantischer Arbeit sowie für Legalisierung verschärft wurde. MigrantInnen wird schon die Vorstellung einer besseren Zukunft in ihrem Zielland untersagt, ganz zu schweigen von der Realisierung einer solchen:

[continued]: Wenn die Familien nicht bereits durch Abschiebungen zerrissen oder Familienzusammenführungen verhindert werden, so wird ihnen die Chance, irgendwo eine Unterkunft zu finden, genommen und von sozialen Sicherungsleistungen bleiben sie gänzlich ausgeschlossen. Was wir Rassismus, also institutionellen Rassismus neben dem weitverbreiteten Alltagsrassismus nennen, ist nichts anderes als eine der deutlichsten bisher erlebten Spitzen der Prekarsierung von Arbeit und Leben. Grenzen bestehen nicht nur an der Grenze. Vielmehr schlagen sie sich materiell im Leben aller Arbeitenden nieder, indem ihre Verhältnisse prekariert und sie auseinander dividiert werden. Dies ist die Rolle, die der Migration heute in der Welt zugewiesen wird.

Die zentrale Frage ist dementsprechend, wie die Möglichkeiten der MigrantInnen zu autonomer politischer Organisation gestärkt werden kann. In Spanien, Frankreich sowie in Italien finden jede Menge Streiks statt, die von MigrantInnen als den ProtagonistInnen der Kämpfe gegen die Ausbeutung organisiert und durchgeführt werden. Sie weigern sich, nur eine frei verfügbare Arbeitskraft zu sein, die in Europa und in den Vereinigten Staaten erst ausgebeutet und dann ausgesondert wird. MigrantInnen akzeptieren den Lohn der Angst immer weniger. Wenn MigrantInnen die Grenzen überqueren, so auch migrantische Kämpfe. Die Erfahrung der transnationalen Kette migrationsbezogener Aktionen bildete einen ersten Versuch, die verschiedenen partikularen Ereignisse innerhalb desselben politischen Rahmens zu verknüpfen: der Kampf gegen das Grenzregime einerseits sowie die Ausbeutung migrantischer Arbeit andererseits. Diese Erfahrung wurde innerhalb des Europäischen Sozialforums in Malmö ausgewertet, um den Vernetzungsprozess auf transnationaler Ebene zu verbessern. Mit der Kette sind wir längst nicht am Ziel, vielmehr bietet sie einen Ausgangspunkt. Dieselbe Funktion sollte auch ein anderes politisches Zusammentreffen haben, nämlich der euroafrikanische Prozess in Paris im Oktober. Frontex muss aufgrund seiner Rolle im Management der Migrationen als entscheidendes Angriffsziel betrachtet werden: AktivistInnen in Warschau, einem Schauplatz der transnationalen Aktionskette, wiesen dort auf die Möglichkeit hin, unterschiedliche Organisationserfahrungen – wie etwa in Afrika oder in der Ukraine – gegen ein und dasselbe Gespenst, das Grenzregime, in den Blick zu nehmen. Und es gilt schließlich noch eine weitere Grenze zu überschreiten, nämlich jene der Angst. Wenn Kriminalisierung und Repression als Hauptinstrumente dafür dienen, MigrantInnen in der Unsichtbarkeit zu halten und sie von den einheimischen Arbeitenden abzusondern, dann ist die Eröffnung eines politischen Kommunikationsraums eine der wichtigsten Herausforderungen: eines Raums, in dem die Differenzen in einem gemeinsamen Kampf mobilisiert werden. Der Euromayday in Mailand war ein wichtiger Schritt in diese Richtung. Mehr als 80.000 Prekäre haben anerkannt, dass migrantische Arbeit ein wichtiges Druckmittel für die Prekarsierung der Arbeit insgesamt bildet. Dies sind Erfahrungen, die multipliziert werden müssen, um die Richtung zu ändern, in der die Welt wandert.



Demonstration against precarity and for social and labour rights for all, Sevilla, 23rd of February 2008

Transnationale Aktionskette 2008:

Im Februar begann die Aktionskette als Versuch, eine neue Form der transnationalen Zusammenarbeit und Kommunikation innerhalb des Migrationsnetzwerks zu schaffen. Was folgt ist ein Auszug aus dem gemeinsamen Aufruf und kurze Berichte der jeweiligen Aktionen. Mehr Infos gibt es bei noborder.org und eine erste Auswertung ist beim ESF in Malmö geplant. Auszug des Aufrufs:

„Auf der ganzen Welt wäre kapitalistische Ausbeutung unvorstellbar ohne die globalen Unterschiede aufrechtzuerhalten durch Filter und Zonen, Hierarchien und Ungleichheiten und durch externe wie auch interne Grenzen. Illegalisierung und Abschiebungen auf der einen Seite, selektive Inklusion und Rekrutierung migrantischer Arbeitskraft auf der anderen: Migrationsmanagement für ein Regime globaler Apartheid, deren präkarierte Ausbeutungsverhältnisse auf der Hierarchie von Rechten und rassistischer Diskriminierung basieren (...) Die zunehmenden Bewegungen und täglichen Kämpfe von Flüchtlingen und MigrantInnen sind eine Herausforderung für die externen Grenzen Europas wie auch für die gesellschaftlichen und rechtlichen Grenzen innerhalb Europas.

Die vielen Kämpfe unterwandern, durchkreuzen und attackieren das brutale und mörderische System der Migrationskontrolle und der rassistischen Ausbeutung. Die transnationale Aktionskette ist ein Schritt zur Verknüpfung dieser Kämpfe. Sie ist ein Versuch, Kommunikation und Organisation über Grenzen hinweg zu stärken, in dem Wissen, dass die Forderungen für Bewegungsfreiheit und Bleiberecht direkt auf das „Herz der Bestie“ zielen, gegen das MigrantInnen überall und jeden Tag kämpfen.“

Station #1: Amsterdam

Der erste Halt der transnationalen Aktionskette fand am Freitag, den 2. Februar 2008 statt. Gewerkschaftliche Organisierer, TheoretikerInnen, MedienaktivistInnen und migrationsbezogene AktivistInnen aus den Niederlanden, der BRD, Italien, Spanien und Grossbritannien trafen sich, um zu diskutieren und ihre Praxis im Kampf gegen Präkarsierung und unsichere Arbeitsverhältnisse auszutauschen. Die Veranstaltung „Migrant/Media/Metropolis: New Labour Struggles in the Global City“ war der Versuch, traditionelle gewerkschaftliche

Herangehensweisen zu überdenken und ein besseres Netzwerk von AktivistInnen, AkademikerInnen, MedienaktivistInnen und KünstlerInnen zu inspirieren. Dabei wurde an Erfahrungen aktueller urbaner Kämpfe angeknüpft, wie die „Cleaners for a Better Future Campaign“. Im März diesen Jahres hatten niederländische Putzkräfte - mit der aktiven Unterstützung von sozialen Bewegungen, Künstlern und AkademikerInnen - einen Arbeitsvertrag durchgesetzt, der ihre Löhne auf 10 Euro in der Stunde erhöhte und zudem bessere Arbeitgeberleistungen brachte.

Station #2: Sevilla

Im September 2008 gründeten mehr als 100 migrantische Initiativen und soziale Organisationen das spanische Netzwerk für die Rechte von MigrantInnen (REDI). Die Ziele des Netzwerks liegen in der Verbesserung der Koordination und des Informationsaustauschs sowie in der Intensivierung von Kampagnen und Mobilisierungen gegen die gegenwärtige Migrationspolitik und für die Rechte von MigrantInnen in Spanien. Als Teil dieses Prozesses rief REDI zwei Wochen vor den Wahlen zu einem gemeinsamen Aktionstag am 23. Februar auf: „Gegen Präkarisierung und gleiche Rechte für alle“ war der Slogan. Mehr als 10.000 Menschen gingen auf die Strassen von Sevilla, Valencia, Burgos, Madrid, Barcelona, Pamplona und Tenerife. In Sevilla forderten 2.000 Menschen einen neuen Regulationsprozess und die Schließung aller Abschiebelager. Nach diesem erfolgreichen Tag ging es mit einer Demonstration am 2. Juni gegen die Europäische Richtlinie weiter und am 14. September gab es eine überregionale Demonstration in Madrid als Teil des Weltsozialforums für Migration.

Kontakt mit REDI: redi@riseup.net.

Berichte und Bilder vom 23. Februar:

estrecho.indymedia.org/newswire/display/73073/index.php

Berichte und Bilder vom 21. Juni:

estrecho.indymedia.org/newswire/display/74104/index.php

Station #3: Turin

Viele migrantische und antirassistische Gruppen aus Städten in Norditalien trafen sich, um das Verhältnis zwischen Migration, Grenzmanagement und der Prekarisierung von Arbeit zu diskutieren. Dabei wurde festgehalten, dass die Perspektive der migrantischen Arbeit von zentraler Bedeutung ist, um die Instabilität der gegenwärtigen Form des Kapitalismus und die lokale und urbane Vervielfältigung von Grenzen als Instrumente der selektiven Inklusion und Ausbeutung der MigrantInnen zu verstehen. Das Treffen war ein wichtiger Schritt für die Organisierung des ersten EuroMayDay mit dem zentralen Bezugspunkt der migrantischen Arbeit.

Station #4: Bamako

Ca. 200 Menschen besuchten einen „Tag der offenen Tür“ in Bamako/Mali am 15. und 16. März, veranstaltet von der Association Malienne des Expulses. Es gab Diskussionen zu den Themen Repression gegen und Widerstand von Undokumentierten in europäischen Ländern und Abschiebungen von Nordafrikanischen Ländern nach Mali. Diese Abschiebungen folgen den Rückführungsprogrammen mit europäischen Ländern. Der bei diesem Treffen ausgearbeitete Bamako Aufruf richtete sich ausdrücklich gegen die Externalisierung der europäischen Grenzkontrollen. Er verlangte ein Ende der Kooperation mit Frontex and dem Internationalen Zentrum für Migrationsmanagement (Cigem), ein neues Jobcenter in Bamako für zirkuläre Migration als Antwort auf so genannte „irreguläre“ Migration.

Mehr Infos: noborder.org/chain08/display.php?id=430

Station #5: London

In London nahmen am 29. März 2008 mehr also 200 Menschen an der Gewerkschafts- und Community Konferenz gegen Einwanderungskontrollen teil. Gastgeber der Konferenz war die Gewerkschaft für Bahn, Schifffahrt und Transportangestellte (RMT). Viele der TeilnehmerInnen waren Delegierte von lokalen Gewerkschaftszweigstellen, migrantische Communities oder politische Organisationen. ReferentInnen waren AktivistInnen, AsylbewerberInnen und undokumentierte MigrantInnen. Der Schwung der Konferenz wurde mitgenommen, um zahlreichen Workshops über Arbeitsrecht und den Umgang mit Razzien und Kontrollen am Arbeitsplatz zu veranstalten. Das Bündnis, das sich anschließend gründete, nennt sich „Kampagne gegen Einwanderungskontrollen“ (CAIC). CAIC beteiligt sich auch an Protesten gegen Abschiebelager und hat einen Streik der Londoner U-Bahn Reinigungskräfte unterstützt. Die Bosse benutzten den irregulären Status der involvierten ArbeiterInnen, um sie einzuschüchtern. Dagegen leistet CAIC aktive Unterstützungsbarbeit.

Station #6: Athens

Im April gab es in Griechenland einen Aktionstag als Teil der transnationalen Aktionskette. Es fanden eine Reihe von Aktionen in verschiedenen griechischen Städten statt, alle unter dem Motto „offene Grenzen und Asyl für Flüchtlinge“, denn die griechische Asyl- und Grenzpolitik wird mit jedem Tag schlimmer. In Athen gab es eine Demonstration, die trotz Regen erfolgreich war. Mehr als 300 Flüchtlinge nahmen daran teil, hauptsächlich aus Afghanistan, Somalia und Sudan. Weitere gut besuchte Aktionen und Diskussionen fanden in Thessaloniki, Patra, Volos, Mytilene, Samos und Chania statt.

Station #7: Milan, Euro MayDay

Unter dem Motto „Keine Grenzen, keine Präkarität“ führten MigrantInnen aus vielen verschiedenen italienischen Städten eine Parade von 80.000 prekarierten ArbeiterInnen an. Die Botschaft war eindeutig: Der Bedrohung durch Illegalisierung, die Kopplung von Arbeitsverträgen an Aufenthaltsgenehmigungen sowie die Abschiebelager sind alles grundlegende Hebel in einem Prozess der Prekarisierung. Die Parade tauschte sich mit Euro MayDay Aachen aus und schickte eine Nachricht an migrantischen ArbeiterInnen in den USA die für die Legalisierung aller undokumentierten MigrantInnen demonstrierten.

Mehr Infos: lavoromigrante.splinder.com
und: coordinamentomigranti.splinder.com

Station #8: Warsaw

Der 6. Juni führte uns nach Warschau in Polen, wo sich der Hauptsitz von Frontex befindet, der berüchtigten Agentur, die die Jagd auf MigrantInnen an den EU- Außengrenzen betreibt. Am Vorabend gab es eine Infoveranstaltung und am 6. Juni veranstalteten wir morgens eine Pressekonferenz und nachmittags eine Demonstration vor dem Büro von Frontex, das sich in der 22. Etage eines nagelneuen Wolkenkratzers im Herzen Warschaus befindet. Ca. 50 Menschen beteiligten sich an der Demonstration, einige aus anderen Ländern, die meisten aus Warschau. Unsere Transparente und Durchsagen konnten etwas Aufmerksamkeit auf sich ziehen, und letztlich kam sogar der Direktor von Frontex herunter um zu sehen was los war. Er lud einige von uns ein, zum Reden mit ihm nach oben zu gehen (typischer EU-Stil: „Wir können über alles sprechen...“). Eine Delegation ging mit, während die Demonstration weiter zog zum Palast des Präsidenten, um gegen Abschiebungen nach Vietnam zu demonstrieren. Und die Aktion in Warschau soll nur der Auftakt einer Imageverschmutzungskampagne gegen Frontex sein ...

Die treibende Kraft der Externalisierung und eine komplexe Situation im Innern - Zu einigen Aspekten der Migrationspolitik in Deutschland

Sowohl in Deutschland als auch in Europa haben Asylstatistiken ein historisches Tief erreicht. 2007 wurden in Deutschland ca. 20.000 neue Asylanträge registriert, so wenig wie seit 1977 nicht mehr. Der dramatische Rückgang der Anzahl Asylsuchender zeichnet sich auch für 2008 ab und ist vor allem ein Ergebnis der Externalisierungspolitik. Der EU-Erweiterungsprozess war der erste wichtige Schritt hin zu einem nach Osten verlagerten ‚Migrationsmanagement‘; neue Mitgliedsstaaten sind dazu verpflichtet worden, die Schengen-Standards zu übernehmen. Mit der vollständigen Einführung des Eurodac-Systems für den Vergleich von Fingerabdrücken und der Dublin-II-Verordnung in den vergangenen Jahren haben die ‚alten‘ Mitgliedsstaaten in Zentraleuropa - mit Deutschland als treibender Kraft – den Aufbau eines Asylsystems durchgesetzt, das die ‚Hauptlast‘ in die östlichen und südlichen europäischen Länder verlagert. Diese Grenzstaaten schieben Flüchtlinge und MigrantInnen einfach immer öfter in Länder ab, die außerhalb der Europäischen Union liegen, einschließlich in die Ukraine, Türkei und Länder im nördlichen Afrika.

Erhöhte Grenzsicherheit, zusätzliche Rückübernahme-Abkommen und mehr Abschiebungen mit Charter-Maschinen waren zentrale Punkte der Agenda der letzten deutschen EU-Ratspräsidentschaft im Jahr 2007, als Innenminister Schäuble - gemeinsam mit dem ehemaligen EU-Kommissar Frattini - die so genannte ‚Zukunftsgruppe‘ gründete, um eine langfristige Strategie zur ‚inneren Sicherheit‘ mit einem deutlichen Fokus auf ‚Grenzmanagement‘ zu entwickeln. In diesen Plänen spielt Frontex, die Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen und ein durch die deutsche Regierung forciertes Projekt, eine wichtige Rolle. Frontex soll zu einem „effektiven gemeinsamen Werkzeug im Kampf gegen die illegale Immigration innerhalb der EU werden. In Zukunft muss Frontex über genügend Mittel und Kompetenzen verfügen, um die jeweilige Grenzpolizei der einzelnen Mitgliedsstaaten auszubilden und zu koordinieren, so dass illegale Immigration in Europa eher die Ausnahme als die Regel ist“ (Bundesinnenministerium).

Die zuvor erwähnte EU-Erweiterung hat noch andere Auswirkungen und führt zu einem komplexeren Bild der Migration (nicht nur) in Deutschland. Beispielsweise konnten bis vor Kurzem polnische und ungarische Bürger in den Westen reisen, aber erst ab 2004 mit einer Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis. Rumänische und bulgarische Bürger blieben für weitere drei Jahre im halblegalen Status. Ab 2007 konnten sich all diese osteuropäischen Bürger immer freier bewegen und erhielten immer mehr Aufenthalts- und Arbeitsrechte. Daher kann die EU-Erweiterung auch als ein breit angelegter Legalisierungsprozess gesehen werden. Ist das der ‚Preis‘ für das weitaus wichtigere ökonomische Ziel, neue offene Märkte im Osten zu ‚gewinnen‘? Oder lag es am alten Grenzsystem, das permanent unterwandert wurde und nicht länger aufrecht erhalten werden konnte? Jedenfalls können 10.000 osteuropäische MigrantInnen, die in der Vergangenheit in Deutschland ständig Opfer von (Grenz-)Kontrollen und Razzien mit der Folge von Haft und Abschiebung geworden waren, nun nicht mehr auf diese Art misshandelt und bedroht werden. Heutzutage bewegen sie sich mit viel größerem Selbstbewusstsein, auch wenn eine sichtbare politische Artikulation selten ist. Ihr Recht zu arbeiten ist weiterhin durch verschiedene Einschränkungen begrenzt, doch sie haben weit mehr Möglichkeiten, sich der (Über-)Ausbeutung zu widersetzen oder sie abzulehnen. „Wohin migriert die Welt?“ war eine Ausgangsfrage. Unter Berücksichtigung der oben beschriebenen Entwicklungen scheint es ein offener Prozess und ein unkämpftes Feld zwischen Aneignung und Ausbeutung zu sein ...

Alle europäischen Länder sind auf der Suche nach NiedriglohnarbeiterInnen, vor allem im Baugewerbe, in der Landwirtschaft oder im Dienstleistungsgewerbe; diese Bereiche können nicht so einfach in den globalen Süden ausgelagert werden. Arbeitsvertrag-abhängige Aufenthaltserlaubnisse und das Konzept einer selektiven (und befristeten) Aufnahme sind und bleiben Hauptelemente der Migrationspolitik, auch in Deutschland.

„Zur Steuerung der Migration in Europa wird im Arbeitsprogramm außerdem vorgeschlagen, ‚zirkuläre Migration‘ als migrations- und entwicklungspolitisches Instrument – unter Beachtung der nationalen Zuständigkeiten und unterschiedlichen Situationen der Arbeitsmärkte – auszugestalten und zu fördern.“ (Innenministerium, Januar 2007).

Dieser Neuerungsvorschlag ist nichts weiter als die Rückkehr zum alten europäischen GastarbeiterInnen-Modell, das etwas abgestaubt wurde und nun den neuen, beschönigenden Namen ‚zirkuläre Migration‘ trägt. In diesem Begriff steckt implizit ein Migrationsansatz, der MigrantInnen in erster Linie als Arbeitskraftpotential versteht und nicht als Menschen mit Hoffnungen und Plänen, geschweige denn als welche, die Widerstand leisten und für ihre Rechte kämpfen...In Deutschland waren flüchtlings- und migrationspezifische Kämpfe nie Massenmobilisierungen. Dennoch findet jeden Tag irgendwo in Deutschland Widerstand gegen Abschiebungen statt oder Flüchtlinge protestieren gegen die unmenschlichen Bedingungen in Lagern. Ein breites Spektrum antirassistischer Netzwerke ist auf verschiedenen Ebenen aktiv, teilweise seit bereits mehr als 10 Jahren (beispielsweise Kein-Mensch-Ist-Illegal-Gruppen oder die Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen). „Mannigfaltig, aber zersplittert“ wäre vielleicht eine adäquate Beschreibung. Die migrationsbezogene Bewegung ist nicht wirklich in der Lage gewesen, ihr Potential zu bündeln und wenigstens bei spezifischen Kampagnen und Mobilisierungen zusammen zu kommen; daher konnte es keine breitere Dynamik in der Gesellschaft entfalten. Nichtsdestotrotz haben einige Gruppen in den vergangenen Jahren erste Versuche gemacht, Migrations- mit Arbeitsthematiken und den Kampf gegen Illegalisierung und Abschiebung mit anderen sozial-politischen Konflikten zu verknüpfen. Diese Strategie ist im vergangenen Jahr während der Anti-G8-Woche in Rostock aufgegangen, als am 4. Juni 10.000 Menschen an unserer Demonstration „Für globale Bewegungsfreiheit und gleiche Rechte für alle“ teilgenommen haben. Eine weitere Initiative, die „Initiative für Globale Soziale Rechte“, bringt linke GewerkschafterInnen und verschiedene NGOs mit der gleichen Absicht zusammen, und zwar um übergreifende Diskussionen und Projekte zu schaffen, in denen Bewegungsfreiheit eine der wesentlichen Forderungen ist.



demonstration in Hamburg on the 16th of August 2008

Mali: Stoppt CIGEM, einen EU-Außenposten des Migrationsmanagements

Am 6. Oktober 2008 eröffnete die EU ein Zentrum für Migration in Bamako, der Hauptstadt Malis. Die AME* hat klar analysiert, wie das "Centre d'Information et de Gestion des Migrations" (CIGEM) zum Ziel hat, "Migrationsströme zu kontrollieren, um potentielle Migration zu verhindern". Dieses Zentrum ist Teil der neuen EU-Politik, die die EU-Regierungen über den "Europäischen Pakt zu Einwanderung und Asyl" den afrikanischen Politikern bei der zweiten EU-Afrika Konferenz zu Migration und Entwicklung in Paris im Oktober aufzwingen möchten. Dieser neue Pakt lädt Mitgliedsstaaten ein, Politik im Sinne der ökonomischen Migration zu betreiben und gibt temporärer oder zirkulärer Migration Priorität vor Bewegungsfreiheit. Noch dazu sollen keine weiteren Massenlegalisierungen von Menschen ohne Papiere stattfinden und die Rückkehr von "illegal aufhältigen Personen" unterstützt werden - ein Synonym für Rückübernahmeabkommen, durch die Menschen abgeschoben werden. Hinzu kommen "Sammelflüge", "biometrische Identifikation illegaler Einwanderer" und "effektivere Grenzkontrollen" sowie intensivere "Zusammenarbeit zwischen Herkunfts- und Transitländern".

Ursprünglich sollte CIGEM das erste "Jobcenter" in Afrika sein. Dieser Titel wurde verworfen, aber selektive Inklusion bleibt weiterhin eine seiner wichtigsten Aufgaben. Dies wird "immigration choisie" genannt – selektive Einwanderung, speziell ausgerichtet auf den europäischen Arbeitsmarkt und natürlich für den Niedriglohnsektor. Die AME warnt vor dem Phänomen der "Kleenex ArbeiterInnen" – ArbeiterInnen, die nach verrichteter Arbeit wie ein Papiertaschentuch weggeworfen werden. Dies war die Erfahrung dieses Jahr in Marokko, wo einige tausend Frauen für die Erdbeerernte in Spanien rekrutiert wurden. Um eine befristete Arbeitsgenehmigung zu bekommen, mussten die Frauen bestimmte Kriterien erfüllen wie z.B. dass sie kleine Kinder haben, damit sicher gestellt werden konnte, dass sie in ihr Herkunftsland zurückkehren. "Die Zunahme an Migration nach Europa aus der Subsahara-Region und die Kämpfe für Legalisierung der Sans Papiers in ganz Europa werden mit externen und internen Praxen der Ausgrenzung konfrontiert. Die Globalisierung der repressiven und restriktiven Maßnahmen gegen MigrantInnen zeigt sich in der unmenschlichen Behandlung von MigrantInnen in den Maghreb Ländern wie auch in der Errichtung von Frontex", so die Analyse der AME. Deswegen ruft die AME zu einer "Verknüpfung und Globalisierung von Aktionen auf, um die Rechte von MigrantInnen zu unterstützen und zu verteidigen, in Transitländern wie auch in Zielländern". Im März veranstaltete die AME eine Konferenz in Bamako im Kontext der transnationalen Aktionskette (siehe Bericht) und Delegierte beteiligten sich am Weltsozialforum für Migration in Madrid und am ESF in Malmö. Des Weiteren beteiligen sie sich an Aktionen gegen die EU-Afrika Konferenz zu Migration und Entwicklung mit einem Gegengipfel (17. Oktober), einer Demonstration und einem Konzert (18. Oktober). Die Konferenz in Bamako endete mit einem Aufruf und den folgenden Forderungen an die Regierung Malis:

- Keine bilateralen Rückübernahmeabkommen mit Frankreich und Spanien, die den Weg ebnen für die Einführung von Quoten von auserwählten MigrantInnen und so die Ausweisung von "Sans Papiers" erhöht
- Schluss mit der Ausstellung von "Laissez Passer"(Reisepapieren), die die Abschiebung von Menschen malischer Herkunft ermöglichen.
- Legalisierung aller papierlosen MigrantInnen und die Ermöglichung von Familienzusammenführung.

- Rückgabe des Besitzes von abgeschobenen Personen durch den französischen Staat und Implementierung des Rechts, Sozialleistungen zu erhalten entsprechend den geleisteten Steuerzahlungen
- Denunzierung des EU-Abschiebe-Richtlinie, die eine zutiefste Entwürdigung für alle Afrikanischen Menschen bedeutet
- Verweigerung der Zusammenarbeit mit der Agentur Frontex, die errichtet wurde, um die Grenzen der EU zu externalisieren
- Stopp der Eröffnung des CIGEM. Die Gelder sollten abgeschobenen und an den Grenzen zurückgeschobenen Menschen zu Gute kommen
- Unterstützung aller abgeschobenen und zurückgeschobenen Personen, die ins Ausland gegangen sind, um ihren Familien zu helfen und die Entwicklung ihres Landes zu unterstützen
- Erstellung eines Komitees aus Regierung und Personen, die abgeschoben worden sind, um die Auswirkungen von Abschiebungen auszuwerten.

Mit ihren Aktivitäten versucht die AME die Forderung nach Bewegungsfreiheit mit einer radikalen Kritik der neo-kolonialen Politik in Afrika zu verbinden. "Wir haben immer gesagt, dass die Politik der so genannten ‚Entwicklungshilfe‘ und ‚Entwicklungszusammenarbeit‘ gescheitert sind und nie an die Bedürfnisse unserer Länder angepasst waren. (...) Um ihre Migrationspolitik zu finanzieren, benutzt die EU und speziell Frankreich Geld, das für Investitionen in afrikanischen Ländern vorgesehen sein sollte. Diese Gelder werden nicht ausreichen, um auch nur die grundlegendsten Bedürfnisse unserer Länder zu erfüllen. Der Beweis dafür ist, dass in Mali die Summen, die von MigrantInnen zurückgeschickt werden, viel höher sind als die Gelder, die als so genannte Entwicklungshilfe hinfließen. Noch dazu werden die Gelder, die eigentlich für Entwicklungshilfe intendiert sind, nun für Migrationskontrolle ausgegeben. Die 10 Millionen Euro des EU-Fonds für Entwicklung wurden genutzt, um CIGEM zu finanzieren, das zum Ziel hat, Migration zu kontrollieren und irreguläre Migration zu bekämpfen".



The meeting with deported migrant workers in Bamako on 15 march 08

* Die AME ist die "Association Malienne des Expulsés" und ist eine Grasswurzelorganisation von Deportierten die die Abschiebungserfahrung von Europäischen und Afrikanischen Ländern zu den "candidats eu depart" weitergeben möchten. Sie sind sehr aktiv in der direkten Unterstützung von "refoulés", die verhaftet, eingesperrt und abgeschoben wurden während ihrer Versuche, Europa zu erreichen. Sie kritisieren sowohl die Regierungen der EU wie auch die kollaborierenden afrikanischen Regierungen, die für die Folgen solcher unmenschlichen Abschiebung und für das existierende Grenzregime verantwortlich sind.

Italien: Ein Sommer der Sicherheit

Im Juni verabschiedete das italienische Parlament einige "dringende Massnahmen für die öffentliche Sicherheit". Damit begann ein "Sommer der Sicherheit" für MigrantInnen: Offene rassistische Reden einiger Mitglieder des Parlaments und ihre kaum versteckten Rechtfertigungen für die Angriffe auf die Roma-Lager waren nicht genug. Neue Verordnungen verschärften das alte "Bossi-Fini Gesetz", das von der vorherigen Mitte-Links Regierung unangestastet geblieben war. Die so genannte "pacchetto sicurezza" bezieht sich auf die Regelungen des Europaparlaments, das ein 18-monatiges Maximum für die Inhaftierung von MigrantInnen vorsieht (vorher waren es in Italien zwei Monate). MigrantInnen, die eine falsche Identität verwenden, können nun bis zu sechs Jahre weggesperrt werden. Diejenigen, die die Anweisung (das Land zu verlassen) nicht befolgen, können bis zu vier Jahre inhaftiert werden. Auch die neuen (ost)europäischen BürgerInnen können ausgewiesen werden, wenn sie kriminell handeln oder wenn ihre Löhne zu niedrig sind. Die Bürgermeister italienischer Städte haben außerordentliche Befugnisse erhalten; sie können illegale MigrantInnen der Polizei melden, die sie dann ausweisen können. Nicht zuletzt bewacht das Militär nun die Strassen Italiens, so dass alle sich sicherer fühlen können...?

Natürlich sind all dies repressive Massnahmen. Aber sie können nur als Teil eines größeren Projekts für die rechtliche Absicherung der Ausbeutung migrantischer Arbeit verstanden werden. Die Möglichkeiten für MigrantInnen, ihre Herkunftsländer zu besuchen oder sich innerhalb Europas zu bewegen, sind sehr eingeschränkt: die lange Prozedur, die nötig ist, um Aufenthaltsgenehmigungen zu verlängern, zwingt MigrantInnen in Italien zu bleiben, wenn sie nicht riskieren wollen, durch eine interne oder externe Grenze blockiert zu werden. Gleichzeitig wird das Bleiberecht angegriffen, da die Aufenthaltsgenehmigungen sehr unsicher sind und auf grund der neuen "Rechtsmaßnahmen" nach einem längeren Zeitraum der Arbeitslosigkeit oder irregulärer Arbeit verloren werden können. Häuser, die an undokumentierte MigrantInnen vermietet werden, können nun beschlagnahmt werden. Die Auswirkung dieser Gesetzgebung ist nicht, wie behauptet wird, die Bestrafung jener, die undokumentierte MigrantInnen ausbeuten. Statt dessen sind für MigrantInnen die Mieten gestiegen und die Löhne gesunken. Des Weiteren sieht die Regierung einige einschlägige Veränderungen im Sozialversicherungssystem vor: Um eine Sozialwohnung zu beantragen, müssen MigrantInnen seit 10 Jahren in Italien wohnhaft gewesen sein. Noch dazu können MigrantInnen nun keine staatliche Sozialhilfe erhalten, die denjenigen gezahlt wird, die über 65 sind und eine Rente haben, die unter dem gesetzlichen Existenzminimum liegt.

All diese Regelungen stimmen mit dem grundlegenden Ansatz des Bossi-Fini Gesetzes überein: der Verknüpfung von Arbeitsvertrag und Aufenthaltsgenehmigung. Die Polizeistreifen nehmen jeden Tag zu, die Angst vor MigrantInnen wird geschürt, um die "Sicherheit" der BürgerInnen zu gewährleisten, und alle MigrantInnen werden als potenzielle Kriminelle angesehen. Die einzige Chance, die den MigrantInnen bleibt, ist jede Forderung ihres Arbeitgebers zu erfüllen, versteckt zu bleiben und zu schweigen, besonders wenn sie undokumentiert sind. Doch während die Regierung alle Maßnahmen mit dem Kampf gegen illegale Einwanderung rechtfertigt, überqueren MigrantInnen weiterhin die italienischen Meere und Grenzen. Sie sind grundlegende Ressourcen der italienischen Wirtschaft – auch wenn sie illegal und ohne Papiere arbeiten – sie bezahlen den Preis der "Sicherheit" und die Durchsetzung des "Bossi-Fini Gesetzes". Die Regierung versucht, die Ausbeutung migrantischer Arbeit zu optimieren, sie greift direkt und indirekt die Löhne und die Rechte migrantischer ArbeiterInnen an, sie verhindert Familiensammenführungen. Diese Politik zielt darauf ab, MigrantInnen zum Schweigen zu bringen und es ihnen unmöglich zu machen, sich zu organisieren und zu kämpfen. Nach diesem Sommer der Sicherheit wird die Zukunft für MigrantInnen äußerst prekär werden, so wie das zunehmend für alle ArbeiterInnen in Italien gilt, egal welchen Status sie haben. Trotz der Angriffe durch diese Sicherheitspolitik und auch wenn die Angst wächst, sehen MigrantInnen die Möglichkeit, dass ihre Stimmen gehört werden, auch wenn Gewerkschaften und die politische Opposition zunächst schweigen. Das Wort Streik ist immer öfter zu hören und verweist auf diese Möglichkeiten ...

Zwei Jahre nach den Großdemonstrationen: Die Bewegung für MigrantInnenrechte in den USA geht weiter

2006 fand die bisher größte Mobilisierung in der Geschichte der USA statt. Sie nahm ihren Ausgang in Washington D.C., wo Zehntausende demonstrierten. Im weiteren Verlauf protestierten Millionen Menschen in Städten wie Chicago, Houston und Los Angeles. Die Bewegung war ein klares Zeichen dafür, dass sich in den USA etwas Großes zusammenbraute.

Zwei Jahre danach verarbeitet die Bewegung für MigrantInnenrechte noch immer die Lehren, die sie aus den massenhaften Mobilisierungserfolgen, aber auch aus den letztlich erfolglosen Kämpfen um eine Reform der Immigrationsgesetzgebung gezogen hat. In einer Zeit, in der die verheerenden Razzien der Immigrations- und Zollbehörden (Immigration and Customs Enforcement – ICE) an Wohnorten und Arbeitsplätzen enorm zunehmen, betonen führende KämpferInnen für ImmigrantInnenrechte und AktivistInnen an der Basis die Notwendigkeit, neue AktivistInnen zu qualifizieren, damit die Communities geschützt und der Kampf um die Anerkennung von Rechten weitergeführt werden kann.

Verfolgung auf lokaler Ebene

Nachdem alle Versuche, restriktive „Reformen“ der Immigrationsgesetzgebung durchzusetzen, als gescheitert betrachtet werden mussten, begannen die organisierten GegnerInnen der Immigration, sich auf kommunale Verwaltungen und Strafverfolgungsbehörden

zu konzentrieren, um das „Immigrationsproblem“ zu lösen. Der Plan ist, das Leben in bestimmten Regionen so unerträglich zu gestalten, dass die unerwünschten MigrantInnen sich selbst-exilieren oder -ausweisen würden. Dieses Vorgehen beinhaltet Geldstrafen für VermieterInnen, die an undokumentierte Familien vermieten, sowie 287(g)-Vereinbarungen, bei denen kommunale Strafverfolgungsbehörden mit dem ICE zusammenarbeiten, um „Kriminelle“ nach der Festnahme dem ICE zu übergeben.

Die Polizei von Los Angeles (LAPD) darf keine Person aufgrund ihres vermuteten Aufenthaltsstatus verhaften, doch das Sheriff's Department des Bezirks hat eine laufende Programm-287(g)-Vereinbarung mit dem ICE, das Entlassungsgespräche mit denjenigen Personen führt, die das Gefängnis verlassen. Die Vereinbarung besagt, dass Personen befragt werden, nachdem sie ihre Strafe verbüßt haben. Menschen, die Geldstrafen nicht bezahlen können, die jedoch keiner Straftat beschuldigt wurden und die vom LAPD inhaftiert wurden, werden in ein Bezirksgefängnis überstellt, um dort ihre Zeit abzusitzen. Daraus folgt, dass man schließlich abgeschoben werden könnte, nachdem man z.B. wegen des Verkaufs von Hot Dogs eingesperrt wurde. Diese Praxis hat verheerende Auswirkungen auf die Familien von MigrantInnen. Im letzten Jahr wurde der psychisch kranke US-Bürger Pedro Guzman abgeschoben. Er war danach drei Monate in der Grenzstadt Tijuana

verschollen. Kinder werden in die Obhut von Verwandten gegeben, während ihre Eltern in Haft sind oder nach einer Inhaftierung abgeschoben worden sind.

Razzien am Arbeitsplatz

Seit den Demonstrationen von 2006 erleben Communities im ganzen Land mit erschreckender Häufigkeit Razzien an Arbeitsplätzen. Die letzten Razzien in Potsville, Iowa und in Laurel, Mississippi, bei denen 395 bzw. 481 ArbeiterInnen in groß angelegten verdeckten Einsätzen festgenommen wurden, sind eindeutiger Ausdruck der gegen ArbeiterInnen gerichteten Kriminalisierungspolitik, die die Bush-Regierung über die letzten 8 Jahre verfolgt hat.

Die Razzien haben eine neue Qualität gewonnen: Ziel ist es nunmehr, ArbeiterInnen für die Verwendung gefälschter Dokumente und Identitätsbetrug anzuklagen. Der Behauptung der Bush-Regierung, sie ziehe lediglich die „kriminellen illegalen Ausländer“ aus dem Verkehr, soll so Glaubwürdigkeit verliehen werden.

Die Auswirkungen der Razzien in den MigrantInnencommunities haben sich enorm verschärft. Kinder haben ihre SchulleiterInnen gefragt, ob ihre Eltern sicher seien; Mütter kämpfen gegen Depressionen an, während ihre Kinder sie fragen, wieso sie eine elektronische Fußfessel tragen; Eltern haben, für den Fall, dass das ICE vor der Tür steht, Verstecke für ihre Kinder eingerichtet.

Doch es gibt auch einige Reaktionen auf die Razzien, die hoffnungsvoll stimmen: Angestellte haben ihre KollegInnen gewarnt, wenn das ICE auftauchte. Undokumentierte SchülerInnen kämpfen weiterhin landesweit für den Zugang zu weiterführender Bildung. Die NGO Coalition for Humane Immigrant Rights of Los Angeles (CHIRLA) hat eine Rechtshilfe-DVD entwickelt, die veranschaulicht, wie man sich im Falle einer Razzia oder eines Zusammentreffens mit PolizistInnen schützen kann. DolmetscherInnen und AnwältInnen, die die Opfer von Razzien in ihrem Verfahren begleiten, überdenken ihre Rollen und probieren neue und kreative Strategien aus, um die Abschiebung dieser ArbeiterInnen zu verhindern. Die Perspektive einer Legalisierung ist jedoch nach wie vor in weiter Ferne.

Sich für eine Reform der Immigrationsgesetzgebung an der Wahlurne stark machen

Eine der wichtigsten Lehren, die aus den Ereignissen des Jahres 2006 gezogen werden konnte, erwuchs aus den Wahlkämpfen für die Sitze im Kongress im November 2006. Die Millionen Menschen, die auf die Straßen gegangen wurden, setzten sich nicht in greifbare Stimmen bei den Wahlen zum Kongress um, bei denen die Demokratische Partei nur einige Sitze dazu gewann. Die Schwerpunkte der Debatte um eine Reform der Immigrationsgesetzgebung lagen auch nach diesen Wahlen weiterhin auf Repression und Kriminalisierung. Es wurde deutlich, dass vielfältige Strategien nötig sind, um Gerechtigkeit für MigrantInnen zu erreichen. Lokale Organisationen, die bereits damit begonnen hatten, zivilgesellschaftliche Aktivitäten mit WählerInnen durchzuführen, schlossen sich mit bundesweiten Organisationen zusammen, um die Möglichkeit bundesweiten zivilgesellschaftlichen Engagements in den MigrantInnencommunities auszuloten.

Eine bundesweite Kampagne für Einbürgerung wurde ins Leben gerufen, angeführt von der Association of Latino Elected and Appointed Officials (www.naleo.org). Kurz darauf erklärte der U.S. Citizenship and Immigration Service (USCIS), dass die Gebühren für einen Antrag auf Einbürgerung und auch die für die Verlängerung einer Green Card erhöht würden. Trotz dieser Hindernisse haben 2 Millionen berechnete EinwohnerInnen der USA seither einen Antrag auf Einbürgerung gestellt. Dass viele der AntragstellerInnen noch immer auf eine Bearbeitung ihres Antrags warten und dadurch nicht bis zu den Präsidentschaftswahlen im November eingebürgert sein werden, stellt einen weiteren Versuch dar, die Bemühungen um eine wirkliche Reform der Immigrationsgesetzgebung zu vereiteln.

Doch das bedeutet nicht das Ende der Anstrengungen. Bundesweit agierende und lokale Gruppierungen haben sich mit Gewerkschaften zusammengeschlossen, erstellen gemeinsame Erklärungen und machen Gebiete aus, in denen sie hauptsächlich die Kampagne zur Erhöhung der Wahlbeteiligung („Get Out the Vote“-Programm) bei den Wahlen im November 2008 durchführen wollen. Es wird diskutiert, sich auch jenseits sogenannter „swing states“ (Bundesstaaten, in denen nicht feststeht, welcher Kandidat die Mehrheit der Stimmen erhalten wird) zu engagieren, da ein Gesetzentwurf für eine Reform der Immigrationsgesetzgebung 60 Stimmen im Senat und 235 Stimmen im Kongress benötigt, ehe ein Präsident das Gesetz schließlich unterzeichnet. Die Herausforderung wird darin bestehen, zu beweisen, dass die gemeinsamen Bemühungen tatsächlich Einfluss auf die lokalen Wahlkämpfe und deren Ausgang hatten, sowie darin, dem Gewinner der Präsidentschaftswahlen bewusst zu machen, dass er nicht nur auf Grund seiner eigenen Kampagne die Wahlen gewonnen hat.

Die Auseinandersetzung auf die nächste Ebene bringen

Während sich die meisten Bemühungen auf die Gesetzgebung konzentrieren, denken führende AktivistInnen für MigrantInnenrechte auch intensiv darüber nach, wie der Kampf der MigrantInnen dem Mainstream-Amerika nahe gebracht werden kann.

Ein entscheidender Bestandteil einer Vertiefung und Erweiterung der Auseinandersetzungen ist das Schmieden von Allianzen über das eigene politische Spektrum hinaus. Der Brückenschlag zu afro-amerikanischen Bürgerrechtsgruppen sowie zu der traditionellen Linken in den USA ist bisher kaum gelungen. Um stärkere Verbindungen mit diesen Gruppen und auch anderen wichtigen Bereichen einzugehen, müssen wir das Thema Immigration so angehen, dass es über die Forderung nach Legalisierung hinaus geht. Im Kampf um die Köpfe behalten die RassistInnen und die gegen MigrantInnen Eingestellten bisher die Oberhand, indem sie die aktuelle Debatte als eine einfache Frage von Recht und Ordnung darstellen. Einige bundesweite Netzwerke und Koalitionen bemühen sich gerade, einen Diskursraum zu schaffen, in dem diese Themen in einem breiteren Kontext von Sozialer Gerechtigkeit diskutiert werden können, der die Bedürfnisse aller Communities anspricht. Die Herausforderung dabei ist es, diese langfristige Debatte mit der Dringlichkeit des Kampfes gegen die Razzien zu vereinbaren, die ständig weiterhin zur Trennung von Familien führen.



trying to hide in a truck headed for Spain in the port of Tangier ...